

## Niederschrift



Gremium: **7. Sitzung des Kreisausschusses**  
Sitzungsdatum: **Montag, den 01.12.2008**  
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**  
Beginn: 14:10 Uhr Ende: 16:50 Uhr

---

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Vorsitzende / Vorsitzender:**  
Martin Sailer

**Mitglieder:**  
Manfred Buhl  
Hans-Peter Dangel  
Ludwig Fröhlich  
Harald Güller  
Bernhard Hannemann  
Dr. Michael Higl  
Ursula Jung  
Georg Klaußner  
Albert Lettinger  
Heinz Liebert  
Bernd Müller  
Dr. Simone Strohmayer  
Karl-Heinz Wagner  
Mathilde Wehrle

**Verwaltung:**  
Volker Ellerkmann  
Christine Hagen  
Stefan Natterer  
Jürgen Pabel  
Michael Püschel  
Herbert Richter  
Lothar Schneider  
Martin Seitz

**Schriftführerin:**  
Brigitte Arlt

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

- 1 . Wirtschaftsförderung; Fachkräftemangel:  
Vorstellung der Ergebnisse der Befragung aus dem  
Wirtschaftsraum Augsburg und Landkreis Augsburg  
Vorlage: 08/0248
- 2 . Kreishaushalt 2009 - 1. Lesung;  
Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 24.10.2008)  
Vorlage: 08/0250
- 3 . Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses  
Vorlage: 08/0246
- 4 . Verschiedenes
- 5 . Wünsche und Anfragen

### Nichtöffentliche Sitzung

- 6 . Wohnungsbau GmbH für den Landkreis Augsburg;  
Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zum 31.12.2007  
Vorlage: 08/0247
- 7 . Verschiedenes
- 8 . Wünsche und Anfragen

## Öffentliche Sitzung

<b>TOP 1    Wirtschaftsförderung; Fachkräftemangel: Vorstellung der Ergebnisse der Befragung aus dem Wirtschaftsraum Augsburg und Landkreis Augsburg Vorlage: 08/0248</b>
---

### Sachverhalt:

Eine große Zahl von Firmen im Landkreis Augsburg sind in gleicher Weise wie viele Betriebe im gesamten Wirtschaftsraum und auch weit darüber hinaus mit dem Problem fehlender Fachkräfte konfrontiert. Wirtschaft und Politik sind gemeinsam gefordert, hier mögliche Lösungswege zu suchen.

Die Handwerkskammer für Schwaben und die IHK Schwaben haben dazu gemeinsam ein Konzept entwickelt, um eine nachhaltige Fachkräftesicherung zu betreiben. Dieses Konzept ist in drei Phasen unterteilt:

- Phase 1. Erhebung der Nachfragesituation (bereits durchgeführt)
- Phase 2. Ermittlung regionaler Angebotsstrukturen im Bildungsbereich
- Phase 3. Erarbeitung von Strategien für betroffene Unternehmen

Die Phase 1 wurde unter wissenschaftlicher Begleitung der Hochschule Augsburg mittlerweile abgeschlossen. Die Kosten für die schwabenweite Umfrage und Auswertung wurden gemeinsam durch die IHK Schwaben und die Handwerkskammer für Schwaben getragen. An der Befragung zum Fachkräftemangel nahmen über 1.300 Firmen aus dem Einzugsbereich der beiden Kammern teil. Diese Unternehmen beschäftigen rund 112.000 Mitarbeiter. Quer durch alle Branchen und Betriebsgrößen zeigen die Ergebnisse ein repräsentatives Bild zur Situation auf dem Fachkräftesektor. Für rund 50 % der Betriebe hat der Fachkräftemangel sehr große bis große Bedeutung. Während kleinere Unternehmen unter fünf Beschäftigten unterdurchschnittlich betroffen sind, melden 63% der Firmen mit 20 - 49 Beschäftigten erhebliche Besetzungsprobleme. Die Ergebnisse auf schwäbischer Ebene sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Die Ergebnisse für den Wirtschaftsraum Augsburg und den Landkreis Augsburg werden Herr Prof. Dr. Lebrecht und/oder Frau Prof. Dr. Regnet in der Sitzung des Kreisausschusses am 01.12.2008 präsentieren.

Es wird vorgeschlagen, für die Phase 2 (Ermittlung regionaler Angebotsstrukturen im Bildungsbereich) wegen der hohen wirtschaftlichen Verflechtungen eine wirtschaftsraumbezogene Betrachtung vorzunehmen. Für den Landkreis Augsburg bedeutet dies, dass die bildungsmäßigen Angebotsstrukturen der Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg sowie der Stadt Augsburg gemeinsam ermittelt werden sollten. Die Hochschule Augsburg hat sich bereit erklärt, aufbauend auf der Erhebung der Nachfragesituation, die Umfrage und die damit verbundene Auswertung der Phase 2 durchzuführen. Die Kosten hierfür, die sich insgesamt auf ca. 12.000,- € netto belaufen, müssten dabei durch die drei Gebietskörperschaften getragen werden.

Für den Landkreis Augsburg würde ein Beauftragung zur Durchführung der Phase 2 für den Wirtschaftsraum Augsburg, bei einer angenommenen Drittelung der Kosten, Ausgaben in Höhe von rund 4.800,- € bedeuten. Es wird, unter der Bedingung, dass sich der Landkreis Aichach-Friedberg und die Stadt Augsburg ebenfalls beteiligen, vorgeschlagen, die Hochschule Augsburg damit zu beauftragen.

In der Phase 3 sollen die Ergebnisse aus den Phasen 1 und 2 zusammengeführt werden und in wirtschaftsraumbezogenen Workshops Lösungsstrategien entstehen. Hierfür kann auf der Grundlage der vorherigen Ergebnisse der Handlungsbedarf in den jeweiligen Regionen ermittelt werden. Ziel ist es dabei gemeinsame Strategien zur langfristigen Fachkräftesicherung zu entwickeln.

Der Kreisausschuss wird gebeten, die Vorstellung der Nachfragesituation auf Ebene des Wirtschaftsraumes Augsburg bzw. des Landkreises Augsburg zur Kenntnis zu nehmen und einer Beauftragung der Hochschule für die Phase 2 zuzustimmen.

Im Kreishaushalt 2008 sind im Gesamtansatz für die Wirtschaftsförderung des Landkreises Augsburg bei HhSt. 7912.6321 von 110.000 € hierfür keine Mittel vorgesehen gewesen. Durch Minderausgaben bei dieser Hh-Stelle können die Mittel jedoch bereitgestellt werden.

**Prof. Dr. Lebreuz** erläutert das Ergebnis der Umfrage, die die Industrie- und Handelskammer zusammen mit der Handwerkskammer und der Hochschule Augsburg zum Thema Fachkräftemangel in diesem Jahr durchgeführt habe. Die regionalen Ergebnisse werden allerdings erst am morgigen Tag vorgestellt. In der heutigen Sitzung könne lediglich allgemein auf die Region Schwaben und nicht speziell auf den Wirtschaftsraum Augsburg eingegangen werden. Dennoch erläutert er patiiell die den Landkreis Augsburg betreffende Zahlen.

**Der Vorsitzende** betont, dass die allgemeine Darstellung sicherlich aufschlussreich sei aber seiner Meinung nach die Zahlen für den Wirtschaftsraum Augsburg diesen Kreis mehr interessieren würden. Er erkundigt sich, ob im Rahmen der nichtöffentlichen Sitzung die Möglichkeit einer Präsentation gesehen werde.

Daraufhin entgegnet **Prof. Dr. Lebreuz**, dass mit der IHK abgestimmt wurde, in dieser Sitzung nur allgemein auf die Region Schwaben einzugehen. Daher mache eine nichtöffentliche Behandlung aus seiner Sicht wenig Sinn.

Im Anschluss informiert er die Mitglieder, dass an der Befragung in Schwaben insgesamt 1.300 Firmen teilnahmen (130 Firmen aus dem Landkreis), welche 112.260 Personen (6.700 Personen aus dem Landkreis Augsburg) beschäftigen. Von den gemeldeten offenen Stellen entfallen rund 110 Stellen und von den unbesetzten Ausbildungsplätzen 11 Stellen auf den Landkreis Augsburg.

In dieser Studie wurde nach dem aktuellen Fachkräftemangel gefragt und in welchen Bereichen die Unternehmen derzeit aber auch künftig offene Stellen haben. Die Befragung wurde zur Zeit der Hochkonjunktur im Juli dieses Jahres durchgeführt. Die konjunkturelle Nachfrage an Fachkräften kühle derzeit ab. Gleichzeitig werde das Problem des strukturellen Fachkräftemangels gesehen, der sich über jeden Konjunkturzyklus weiter aufbaue.

Weiter erläutert er die dieser Niederschrift beiliegenden Ergebnisse der Umfragen.

Den größten Bedarf an Fachkräften haben Firmen im Metallbereich. In der Region Schwaben fehlen in diesem Bereich rund 2.000 Fachkräfte, was sich weitestgehend proportional mit dem Wirtschaftsraum Augsburg deckt. Im Landkreis Augsburg fehlen Fachkräfte im Bereich der Mechatronik. Die öffentliche Diskussion spielt sich in erster Linie im technischen Bereich ab, wobei auch im Bereich der Betriebswirtschaft 200 Stellen offen seien. Zum heutigen Zeitpunkt stellen sich diese Zahlen seiner Meinung nach geringer dar. Sowohl für die Region Schwaben als auch für den Wirtschaftsraum Augsburg gelte, dass der in der Vergangenheit vorhandene Engpass bei den Informatikern weitestgehend nicht mehr besteht.

Festgestellt wurde, dass mittelständische Unternehmen am stärksten von dem Fachkräftemangel betroffen seien. Dies gelte für ganz Schwaben und auch uneingeschränkt für den Landkreis Augsburg. Im Schnitt haben in Schwaben 50 % aller befragten Firmen bestätigt, dass der Fachkräftemangel eine große Bedeutung habe. Im Landkreis Augsburg haben sich 44 % der befragten Firmen dahingehend geäußert.

Sowohl für den Landkreis Augsburg als auch für Schwaben gelte, dass größere Unternehmen weniger Schwierigkeiten haben Stellen zu besetzen. Dies sei seiner Meinung nach paradox, da gerade der Fachkräftemangel von großen Unternehmen besonders hoch eingeschätzt werde. Das größere Unternehmen leichter Personal finden sei sicher auch eine Imagefrage. Hier decken sich die Werte des Wirtschaftsraumes Augsburg und der Region Schwaben.

Je größer das Unternehmen, desto mehr werde gegen den Fachkräftemangel unternommen. Die Berufsausbildung werde mehr gefördert aber auch die Mitarbeiterbindung oder das aktive Personalmarketing steige mit der Größe eines Unternehmens. Gleichzeitig werden einige Maßnahmen von Unternehmen aller Größenklassen mehr oder weniger stark unterlassen. Hierzu zählen Einstellung älterer Mitarbeiter, Erhöhung des Frauenanteils und die Gründung von Ausbildungsverbänden. Die Unternehmen die am stärksten unter dem Fachkräftemangel klagen, stellen signifikant seltener ausländische Fachkräfte, ältere Leute oder Zeitarbeiter ein. Weiter führen sie seltener ein aktives Personalmarketing durch und haben mehr offene Ausbildungsplätze. Hier decken sich die Zahlen des Wirtschaftsraumes Augsburg mit denen der Region Schwaben. Verlagerungen ins Ausland erfolgen relativ selten.

Der Fachkräftemangel habe zwei Seiten. Zum einen sei dies ein qualitatives Problem, wie Leute ausgebildet seien, und ein quantitatives Problem, ob genügend Leute vorhanden seien. Das qualitative Problem bestehe in dieser Form eigentlich nicht.

Zusammenfassend zeigt diese Studie die Nachfrage seitens der Unternehmen an Fachkräften und Ansatzpunkte auf. Der zweite Schritt sei nun, auf die Angebotsseite überzugehen um zu sehen, was derzeit in den einzelnen Regionen seitens der Ausbildungsstätten an Fachkräften angeboten werde. In einem dritten Schritt müsse man sich Gedanken machen, welche konkreten Strategien und Möglichkeiten angewendet werden können.

**KR Liebert** informiert an der Metropolkonferenz München teilgenommen zu haben. Eine Podiumsdiskussion befasste sich unter anderem mit dem Schwerpunktthema Fachkräftemangel. Hierbei wurde auch die Frage diskutiert, was das Unternehmen dem Mensch und was der Mensch dem Unternehmen wert sei. Diesen Punkt vermisse er bei dieser Repräsentation.

Das größere Firmen mehr Maßnahmen ergreifen um Mitarbeiter zu finden, sei seiner Meinung nach klar, da ein solches Unternehmen im Gegensatz zu einem kleinen Handwerkerbetrieb ganz andere Zugeständnisse machen könne.

Nachdem die Befragung im Juli des Jahres stattgefunden habe, erkundigt sich **KR Liebert**, ob die momentane Situation auf dem Arbeitsmarkt, die Finanz- und Wirtschaftskrise und letztlich die hiervon betroffenen Realwirtschaft Auswirkungen auf die heute präsentierten Ergebnisse haben.

Weiter interessiere ihn der Zusammenhang zwischen Facharbeitskräftemangel und der momentanen Personalreduktion.

Betreffend die erste Frage, erklärt **Prof. Dr. Lebreuz**, dass sich die Ergebnisse anders darstellen würden und der prognostizierte Bedarf wohl geringer wäre. An der Grundaussage, dass strukturell Facharbeitskräfte fehlen, ändere sich seiner Meinung nach nichts.

Was die zweite Frage betrifft, teilt er mit, dass die Reaktion der Unternehmen, bestehende Arbeit mit weniger Leuten zu machen dazu führt, dass stärker rationalisiert werde. Das hat zur Folge, dass weniger angelernte Kräfte und mehr Fachkräfte benötigt werden. Das auf der einen Seite Gegenläufige werde durch den Drang der Rationalisierung und der damit verbundenen Qualifikationserhöhung weitestgehend kompensiert. Das Problem bleibe somit bestehen.

**KR Lettinger** stellt fest, dass sich das Ergebnis mit seinen gesammelten Erfahrungswerten decke. Seit Jahren bemängeln Firmen fehlende qualifizierte Fachkräfte.

Betreffend die Frage von KR Liebert, ob die derzeitige Wirtschaftssituation Auswirkungen auf das Umfrageergebnis habe, teilt **KR Wagner** mit, dass Fachkräfte nach wie vor gefragt seien und vor allem dadurch ein Stellenabbau erfolge, der die weniger qualifizierten Mitarbeiter betreffe.

Als Resümee sei festzustellen, dass die Wirtschaft selbst einen großen Teil an der jetzigen Situation beigetragen habe, nachdem viele Branchen und Bereiche in letzter Zeit nicht mehr so ausbildungsbereit gewesen seien. Im Maschinenbau und in metallverarbeitenden Bereichen wurde nicht über den Eigenbedarf hinaus ausgebildet. Zwischenzeitlich werde festgestellt, dass es keine ausbildungsfähige und –willige Menschen von der Schule gebe. Offene Ausbildungsplätze können nicht mehr besetzt werden. Teilweise haben die Jugendlichen 3 oder 4 Ausbildungsverträge und spielen die Firmen untereinander aus. Neuerdings werden viele Qualifizierungsmaßnahmen öffentlich gefördert. Zum Beispiel werde vom Amt für Arbeit die Qualifizierungsmaßnahme „Wegebau“ angeboten. Hier können weniger qualifizierte Personen bei der Industrie- und Handelskammer nachträglich die Qualifikation in Form eines Facharbeiterbriefes absolvieren. Ein weiteres Problem an welches Firmen stoßen, seien teilweise die sprachlichen Barrieren.

Das Problem des Fachkräftemangels werde über die nächsten Jahre hinweg andauern. Der deutsche Maschinenbau benötigt in allen Bereichen Ingenieure, Techniker, Konstrukteure und qualifizierte Facharbeiter. Gerade auch, weil Maschinen immer komplizierter und technisch anspruchsvoller zu bedienen seien.

Nach Aussage von **KR Müller** falle vor allem die Einschätzung der Qualität der Auszubildenden auf. Gerade kleinere Unternehmen, die das Rückrad der eigenen Wirtschaft bilden sollen, haben bei den Auszubildenden mit einem schlechten Qualitätsniveau (ab der Note 3) zu kämpfen. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich, ob es hierzu Zahlen aus der Vergangenheit gebe. Interessant sei, ob die Arbeitgeber mit der Qualität der Auszubildenden, was die vorschulische Bildung betreffe, letztendlich zufrieden seien und ob in diesem Punkt eine Veränderung festzustellen sei. Falls Unternehmen immer unzufriedener werden, würde sich dies mit Erfahrungen decken, die letztendlich auch bei Treffen der Kammern vermittelt werden.

**Prof. Dr. Lebreuz** erklärt keine Zahlen vorlegen zu können, die die Zufriedenheit der Unternehmen mit den Auszubildenden vor 10 Jahren zu heute widerspiegeln. Gerade, weil die große Unternehmen in der Regel die attraktiveren Arbeitgeber darstellen, laufen bei den kleineren Unternehmen die weniger qualifizierten und ausbildungsfähigen Leute auf.

Auffallend sei laut **KR in Jung**, dass den Unternehmen weniger der Anlass gegeben werde, Betriebe in das Ausland zu verlagern.

Weiter sei festzustellen, dass in der Vergangenheit relativ wenig ausgebildet wurde. Die Fachbereiche, die dennoch ausbildeten, stellten meist so hohe Ansprüche, dass Gymnasialisten beispielsweise für den Druckereibetrieb eingestellt wurden. Dadurch habe sich das System verlagert und die Ansprüche der Arbeitgeber seien relativ hoch.

Die Frage, was der Mensch einem Unternehmen wert sei, stelle sie sich, gerade im Hinblick, dass Großbetriebe mittlerweile 60 % Leiharbeiter beschäftigen, des Öfteren. Im Endeffekt gehe es hier auch um die Frage, was kostet einem Unternehmen der Mensch bzw. der Arbeitsplatz.

Interessant sei ihrer Meinung nach, was Arbeitgeber bereit seien tarifrechtlich zu zahlen, um ordentliche Arbeitsverhältnisse anzubieten. Angesprochen wurde, dass wenig Frauen, wie auch ältere Mitarbeiter beschäftigt werden. Demnach stehen genügend Arbeitskräfte auf dem Markt zur Verfügung. Dieses Potential müsse lediglich ausgeschöpft werden.

Warnen möchte sie, in den Bereichen Maschinenbau und Metall über Bedarf auszubilden da zum Schluss die ausgebildeten Fachleute nicht beschäftigt werden können. Ein breites Spektrum müsse bedient und alle Bereiche gründlich betrachtet werden, um dann entsprechend reagieren zu können.

Die Rücklaufquote von 10 % in dieser Branche erscheint **KR Güller** relativ niedrig und erkundigt sich deshalb nach den Einschätzungen, weshalb Unternehmen nicht geantwortet haben und ob es verschiedene Motivationen gebe.

**Prof. Dr. Lebreuz** bestätigt, dass die Rücklaufquote im Vergleich zu Umfragen der IHK oder HWK gering sei. Ein Grund hierfür könne der 4-seitige ziemlich komprimierte Fragebogen sein. Dieser umfangreiche Fragebogen habe sehr detailliert die Berufsbilder abgefragt. Aufgrund dieser Tatsache, halte er die Rücklaufquote für durchaus gut. Das Ergebnis sei ein gutes Spiegelbild dessen, was vor Ort passiere.

Interessant hält **KR Güller** die aufgezeigten Fingerzeige, wie höhere Frauenquote, mehr ältere oder ausländische Mitarbeiter oder die Fachspezifikationen von Ausländern, die zur Geltung gebracht werden sollen. Ein großes Potential sehe er bei ausländischen Mitbürgern, deren Qualifikationen nicht anerkannt werden.

Als Nächstes stelle sich nun die Frage, wie mit den Ergebnissen umgegangen werde. In diesem Zusammenhang erinnert er an eine Studie, dass Schwaben generell einen zu geringen Anteil an F & E Arbeitsplätzen habe. Hieraus habe Prognos zumindest ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren abgeleitet.

Die Frage stellt sich nun, wie diese zwei Entwicklungen zu einem Ergebnis zusammengeführt werden können.

Daraufhin erklärt **Prof. Dr. Lebreuz**, dass derzeit die Nachfrageseite bekannt sei. Die Frage stelle sich nun, in welcher Zahl die Unternehmen und die verschiedenen Institutionen ausbilden. Erst danach sei bekannt, welche Möglichkeiten für das weitere Vorgehen bestehen.

Die Frage von **KR Hannemann**, ob nur Mitgliedsunternehmen der IHK und HWK befragt wurden, bejaht **Prof. Dr. Lebreuz**. Weiter erkundigt sich **KR Hannemann** nach Vergleichszahlen aus vergangenen Jahren, da es interessant sei, ob die Ausbildungsqualifikation heute besser beurteilt werde. Eine Bewertung des jetzigen Standes bringe schlussendlich nicht viel, wenn die Entwicklung unbekannt sei.

**Prof. Dr. Lebreuz** betont, dass eine Befragung unter diesen Perspektiven in der Region zum ersten Mal durchgeführt wurde. Aufgrund dessen liegen auch keine Vergleichszahlen vor. Festgestellt werde, dass einige der heute diskutierten Maßnahmen bereits bei der letzten Konjunktur thematisiert wurden. Das Thema Bildungspolitik sei hierbei ein Dauerbrenner.

Abschließend fragt **KR Hannemann**, ob sich der ermittelte Fachkräftemangel mit den Zahlen des Arbeitsamtes deckt. Hierbei handelt es sich laut **Prof. Dr. Lebreuz** um die 2. Phase, in welcher mit den Arbeitsämtern zusammen diese Ergebnisse diskutiert werden.

Nicht verwundert zeigt sich **KR Buhl** über den 10%igen Rücklauf, welcher die Beteiligung bei den IHK Wahlen wieder spiegelt. Aufgrund dessen steht er kritisch den Empfehlungen der Kammern gegenüber, da diese meist nur einen kleinen Kreis befragen.

An dem seit Jahrzehnten bekannten Fachkräftemangel habe sich nie viel verändert. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Situation, als BMW sich in der Region ansiedeln wollte und alle großen Firmen, aus Angst der Abwanderung von Personal, neue Lohn Tabellen in Petto hatten.

Die niedrige Frauenquote hänge damit zusammen, dass Unternehmen nicht in der Lage seien die Arbeitsplätze besser bzw. flexibler auszugestalten. Hier müssen neue Wege gegangen werden.

Was die Qualität der Auszubildenden im Facharbeiterbereich betreffe, vertritt er die Meinung, dass die Hauptschule, welche von den meisten im Vorfeld besucht werde, besser aufgestellt und neu organisiert werden müsse. Danach könnte dieser Bereich auch besser ausgeschöpft werden.

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Prof. Dr. Lebreuz für die Erläuterung und stellt fest, dass aufbauend auf diesem Datenmaterial in die 2. Phase eingestiegen werden solle, woraufhin **Herr Gerhardt** den Sachverhalt erläutert.

Im Anschluss daran betont **der Vorsitzende**, dass das weitere Vorgehen mit finanziellen Mitteln des Kreises begleitet werden müsse.

**KR in Wehrle** erinnert an die umgekehrte Situation in der Vergangenheit, wo viele abgehende Schüler keinen entsprechenden Ausbildungsplatz gefunden haben. Podiumsdiskussionen mit dem Thema „welche Anforderungen stellen die Industrie und das Handwerk an Schulen“ wurden deshalb veranstaltet. Vorschlagen wolle sie, dass die Schulen mit einbezogen werden. Bereits in der Vergangenheit waren diese bereit, ihr Anforderungsprofil entsprechend zu verändern.

**KR Hannemann** erklärt, grundsätzlich Themen, die dem Wirtschaftsraum dienen, zu unterstützen. Derzeit fehle allerdings noch die Phase 2, mit welcher die Angebotsstruktur im Bildungsbereich ermittelt werde. Tatsache sei, dass derzeit keine aktuellen Datensätze über die Ausbildungsmöglichkeiten im Wirtschaftsraum Augsburg vorliegen.

**Prof. Dr. Lebreuz** bestätigt, dass diese Informationen nicht vollständig vorliegen und erklärt, dass in der 2. Phase auch die Gründe der Unternehmen dargestellt werden sollen. Dies diene letztendlich auch den Unternehmen, die eventuell von anderen Firmen lernen können.

Auf die Frage von **KR Hannemann**, ob es entsprechende Ermittlungen der im Betrieb noch vorhandenen Fortbildungsmöglichkeiten gebe, erklärt Prof. Dr. Lebreuz, dass dies nur Sinn mache wenn die Gesamtheit betrachtet werde.

Betreffend die konsequenterweise auf Phase 2 folgende Phase 3, in welcher die Ergebnisse zusammengeführt und Lösungsansätze erarbeitet werden, erkundigt sich **KR Häusler**, ob auf bestimmte Referenzen zurück gegriffen werden könne.



**Prof. Dr. Lebreuz** erklärt, dass es Referenzen in diesem Sinn nicht gebe. Mittlerweile wurden bundesweit und international viele Maßnahmen angestoßen. Das Rad müsse nicht neu erfunden werden, es gehe vielmehr darum, bereits erfolgreich laufende Maßnahmen auf den Landkreis Augsburg anzupassen.

Abschließend verliert **der Vorsitzende** den Beschlussvorschlag, welcher einstimmig gefasst werde.

### Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Vorstellung der Nachfragesituation auf Ebene des Wirtschaftsraumes Augsburg bzw. des Landkreises Augsburg zustimmend zur Kenntnis und stimmt einer Beauftragung der Hochschule Augsburg für die Phase 2 mit Kosten von bis zu 4.800,-- € zu.

Die Zustimmung für die Phase 2 gilt unter der Bedingung, dass der Landkreis Aichach-Friedberg und die Stadt Augsburg einer Vergabe ebenfalls zustimmen und sich zu gleichen Teilen an den Kosten beteiligen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

<b>TOP 2    Kreishaushalt 2009 - 1. Lesung;           Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 24.10.2008)           Vorlage: 08/0250</b>
---

### Sachverhalt:

Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2009 (Stand: 24.10.2008) wurde den Mitgliedern des Kreistages in Vorbereitung der Kreistagssitzung am 10.11.2008 ausgehändigt. Dem Vorlageschreiben liegt ein detailliertes Inhaltsverzeichnis bezüglich der überlassenen Unterlagen bei.

Die bereits im Vorjahr durchgeführte Praxis, die Haushaltsberatungen zu straffen und eine frühere Verabschiedung des Kreishaushaltes anzustreben, soll fortgeführt werden. Um dieses vorgegebene Ziel zu erreichen, wird es notwendig werden, dass sich die im Kreistag vertretenen Fraktionen möglichst umgehend nach der ersten Lesung mit der Haushaltsvorlage auseinandersetzen, so dass die Fachausschüsse ab 12.01.2009 empfehlende Beschlüsse abgeben können. Eine solche Verfahrensweise würde es möglich machen, den Kreishaushalt Ende Januar 2009 im Kreisausschuss abschließend zu behandeln und voraussichtlich Mitte Februar 2009 im Kreistag zu verabschieden.

Aufgrund der bisherigen Terminplanung (Sitzungsplan September 2008 bis Februar 2009, Stand: 06.11.2008) ist vorgesehen, die Fachausschussempfehlungen in der Kreisausschusssitzung am 26.01.2009 zu behandeln, einen Haushaltsabgleich vorzunehmen und die Verabschiedung des Kreishaushaltes 2009 dem Kreistag zu empfehlen. Aufgrund der bisherigen Terminvorstellungen kann davon ausgegangen werden, dass der Kreistag die Haushaltssatzung für das Jahr 2009 und den Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2012 am 16.02.2009 beschließen soll.

Die Verwaltungsvorlage enthält insbesondere bezüglich der staatlichen Finanzausgleichsleistungen, des interkommunalen Finanzausgleichs, der Umlagenzahlungen an diverse Zweckverbände, der Verlustbeteiligung an Gesellschaften, der Betriebsmittelverluste des Klinikums und hinsichtlich der Bezirksumlage nur vorläufige Ansätze. In vielen Fällen wird ein verbindlicher Haushaltsansatz erst in der zweiten Dezemberhälfte 2008 möglich sein. Dies trifft ebenso für eine Reihe von Einzelpositionen zu, die in Folge von Eckwertebeschlüssen sowie von Entscheidungen über Neu- und Erhöhungsanträge gesondert zu behandeln sind. Insofern ist die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2009 hinsichtlich des ungedeckten Bedarfs im Verwaltungshaushalt, welcher auszugleichen sein wird, noch mit erheblichen Risiken verbunden.

Der Verwaltungsentwurf zum Wirtschaftsplan 2009 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird vom Werkausschuss am 11.12.2008 behandelt und ein empfehlender Beschluss herbeigeführt.

Nähere Erläuterungen erfolgen in der Sitzung des Kreisausschusses am 01.12.2008.

**Herr Seitz** informiert, dass aufgrund der geänderten Geschäftsordnung des Kreistages zum 01.11.2008 in der heutigen Sitzung auch der Aufgabenbereich Soziales und Senioren behandelt werde.

In Anknüpfung an die Vorstellung des Haushalts 2009 im Kreistag am 10.11.2008 erläutert er, dass das ursprünglich auf den 26.11.2008 terminierte kommunale Spitzengespräch mit dem Finanzminister zum Finanzausgleich ohne Ersatztermin abgesagt wurde, so dass keine weiteren Erkenntnisse vorliegen.

Was den Haushalt 2008 betreffe, werde das Kostenaufkommen wohl den Ansatz 2008 erreichen. Im Bereich des Grunderwerbserwerbsaufkommens waren 4 Mio. Euro im Haushalt eingestellt, was seiner Meinung nach ungefähr mit 350.000 € unterschritten werde. Erfreulich sei, dass in anderen Bereichen, wie Sozialhilfe, Jugendhilfe oder auch bei der Schülerbeförderung die Ansätze bei den Einnahmen in der Regel erreicht oder sogar überschritten werden. Die Ausgaben werden derzeit nicht überschritten. Insgesamt betrachtet schneide der Verwaltungshaushalt 2008 gut ab.

Den Vermögenshaushalt betreffend wurde vom Ausgabeansatz im Bereich des Hochbaus in Höhe von 2,7 Mio. Euro augenblicklich 51 % verausgabt. Die Auftragsvergaben hinzuge-rechnet werden über 100 % erreicht. Hier schlage die Vorbereitungsplanung für die General-sanierung Gymnasium Königsbrunn zu Buche.

Im Bereich des Tiefbaus seien derzeit 35 % verausgabt. Insbesondere stehe der Neubau Wertachbrücke kurz vor dem Abschluss. Andere Maßnahmen, wie z.B. die für 2008 geplante Ortsdurchfahrt Stadtbergen konnte aufgrund städtischer Baumaßnahmen an der B 17 nicht durchgeführt werden, so dass die Ausgaben hier nicht erreicht werden.

Insgesamt gesehen bedeutet dies, dass im Haushalt 2008 bis zum heutigen Zeitpunkt kein Kredit aufgenommen werden musste und auch nicht davon ausgegangen werde, dass sich hieran bis zum Jahresende etwas ändere.

#### **Lfd. Nr. 5, HhSt. 0000.6319, Aktivitäten Landkreiskickers**

Verwundert zeigt sich **KR Lettinger**, über die Äußerung in den Erläuterungen, dass die Landkreiskickers regelmäßig gefördert werden.

Abgedeckt sei dies, laut **des Vorsitzenden**, in den unmittelbar zurückliegenden Jahren durch eine Spende der Kreissparkasse.

**KR Güller** betont, dass die Förderung für die Landkreiskickers bewusst vor 3 Jahren aufgrund mangelnder Außenwirkung vom Kreisausschuss gestrichen wurde. Ohne Befürworten des Kreisausschusses werden diese nun von der Kreissparkasse in Form einer Spende finanziert. Seiner Meinung nach gebe es sinnvollere Dinge, die bewusst zur Kreissparkasse verlagert werden sollten.

**KR Klaußner** bittet nur Positionen mit gravierenden Veränderungen zu erläutern und die Verwaltung bzw. den Landrat über die anderen entscheiden zu lassen. Daraufhin entgegnet **KR'in Jung**, dass es sich hier um Haushaltsberatungen handelt, worüber die Kommunalpolitik und nicht die Verwaltung oder der Landrat zu entscheiden habe.

#### **Lfd. Nr. 16, HhSt. 0201.9360,**

#### **Erweiterung des Angebots an Konferenzräumen im Hauptgebäude**

In diesem Zusammenhang informiert **Herr Seitz** die Anwesenden über die Änderung der Abschreibungsgrenze. Die Grenze liege künftig nicht mehr bei 410 €, sondern wurde auf 150 € abgesenkt, was entsprechende Verschiebungen vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt nach sich siehe.

Vom zuständigen Sachgebiet wurde die Erneuerung der Möblierung des großen Sitzungssaales angemeldet, welche aufgrund einer gleichzeitigen Anmeldung für eine weiterreichende Sanierung des großen und kleinen Sitzungssaales, seitens des Bauamtes, gestrichen

wurde. Eventuell werde diese Position nach den Beratungen im Bauausschuss wieder notwendig.

**Der Vorsitzende** erklärt, dass sich die Fraktionsvorsitzenden für die Streichung des Haushaltesansatzes von 1,2 Mio. € ausgesprochen haben. Lediglich das Notwendigste inklusive einer neuen Möblierung solle in Angriff genommen werden.

#### **Lfd. Nr. 60, HhSt. 5491.7029, Zuschuss an den BRK-Kreisverband Augsburg-Land**

**Herr Seitz** teilt mit, dass dies in der Vergangenheit teilweise über eine Spende der Kreissparkasse gedeckt war. Komplette über den Haushalt finanziert, sind 109.300 € zu veranschlagen.

**KR Güller** erkundigt sich, an welcher Stelle die Spenden der Kreissparkasse diskutiert werden.

**Der Vorsitzende** teilt mit, dass eine Gesamtaufstellung bereits vorliegt, worauf **KR Güller** feststellt, dass zuerst die Fraktionen beraten und dann in der 2. Lesung darüber diskutiert werden sollte.

#### **Lfd. Nr. 72, HhSt. 7911.7170, Zusätzlicher Verlustausgleich aufgrund Eingliederung der Gersthofer Verkehrsbetriebe**

Im Anschluss an die Erläuterung teilt **Herr Seitz** ergänzend mit, dass im Jahr 2009 aufgrund eines neu erschlossenen Baugebietes in Gersthofen (derzeit 1.000 Einwohner) 60.000 € mehr veranschlagt werden müssen. In der 2. Lesung werde auf die Thematik näher eingegangen.

Selbstverständlich sollen, nach Meinung von **KR Liebert**, neu erschlossene Baugebiete auch verkehrsmäßig versorgt werden. Gewünscht werde seitens der Fraktionsvorsitzenden eine Darstellung, wie dies in anderen Orten praktiziert werde.

#### **Lfd. Nr. 73, HhSt. 7911.7171, Zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes im Bereich des Regionalbus-Linienverkehrs**

**KR Güller** betont, dass hierzu seitens der SPD-Fraktion ein Erhöhungsantrag gestellt werde. Die Verwaltung solle bis zur nächsten Lesung einen Bericht vorlegen, so dass über eine Erhöhung des Zuschusses für die nächsten Jahre diskutiert werden könne.

Ergänzend zu diesen Unterlagen bittet **KR Liebert** in der 2. Lesung um eine Erläuterung, was mit den 250.000 € verwirklicht werden konnte.

Daraufhin erkundigt sich **KR Güller**, ob diese Informationen bis zur Fraktionsklausur vorliegen könnten.

**KR in Jung** stellt fest, dass die Förderung für den AVV seitens des Landkreises ihres Wissens bislang nur zu 80 % ausgezahlt wurde. Mit den Busunternehmen habe dieser neue Verträge geschlossen, was nun auch höhere Energiekosten zur Folge habe. Der AVV habe keinerlei finanziellen Spielraum um kurzfristig auf Änderungen zu reagieren. Abschließend

bittet sie zu überlegen, ob nicht zusätzlich um 1 % vom Gesamtansatz aufgestockt werden könnte.

**Der Vorsitzende** erklärt, KR Güller so verstanden zu haben, dass ein Betrag für zusätzliche Verkehre für den ländlichen Raum gewünscht werde. Die Energie- und Personalkosten seien aber Teil des Gesamtbudgets.

**KR Güller** teilt mit, dass gute Projekte im Raum stehen, die den AVV aber an den Rand der Möglichkeiten bringen. Überlegt werden müsse nun, wo Schwerpunkte, gerade im ländlichen Raum, gesetzt werden.

**KR Liebert** ergänzt, dass außerhalb des Speckgürtels Augsburg noch Stellen im Landkreis vorhanden seien, die mit den Zusatzmitteln über die 250.000 € hinaus abgedeckt werden können.

Die Frage **des Vorsitzenden**, ob das Anliegen damit abgedeckt sei, bejaht **KR'in Jung**.

**KR Buhl** stellt fest, dass hier auch die Gemeinden in der Pflicht stehen und bislang keine Anträge vorhanden seien.

**Herr Schneider** teilt daraufhin mit, dass die abschließende Sitzung am 29.09.2008 in Schwabmünchen stattgefunden habe und der Betrag von 250.000 € ausgeschöpft sei. Danach gingen 2 bis 3 Anmeldungen ein, die im Rahmen der nächsten Haushaltssitzung erläutert werden.

#### **Lfd. Nr. 83, HhSt. 7912.6321, Wirtschaftsförderung; Aktivitäten des Landkreises**

**Herr Seitz** informiert, dass dieser Haushaltansatz noch nicht alle Punkte beinhaltet. Gerade das Regionalmarketing A<sup>3</sup> oder die Umwandlung Augsburg AG in Augsburg GmbH unter Beteiligung der Landkreise seien noch unbekannte Faktoren.

**KR Güller** erkundigt sich hinsichtlich REAL-West, woraufhin **Herr Seitz** erklärt, dass seitens REAL-West mittlerweile ein Antrag gestellt wurde, mit welchem der Landkreis Augsburg gebeten werde, Mitglied zu werden. Der Mitgliedsbeitrag belaufe sich auf 50 Cent pro Einwohner im Bereich von REAL-West, was schlussendlich 13.000 € bis 14.000 € ausmachen würde.

**KR'in Jung** stellt fest, das im Vorfeld diskutiert wurde, Botschafter für den Landkreis zu benennen und stellt die Frage, ob diese im Rahmen der Wirtschaftsförderung abgedeckt sei.

**KR Fröhlich** teilt mit, dass REAL-West und das Begegnungsland Lech-Wertach aufgrund der Tatsache, dass es sich um ein Kooperationsprojekt handelt, mit 60 % bezuschusst werden. Von diesen Projekten gebe es mehrere im gesamten Landkreis.

In solchen Bereichen wurde ein einheitliches Ausschilderungssystem für Radwege eingeführt, was sich sehr bewährt habe. In den Bereichen REAL-West und dem Begegnungsland werde dies über LEADER gefördert. Dieses Ausschilderungssystem solle seiner Meinung nach im gesamten Landkreis eingeführt werden. Einige Teile des Landkreises seien aber keine Leaderbereiche, weshalb sich die Frage stellt, ob sich der Landkreis anteilig an diesen Kosten beteiligen könne.

**Der Vorsitzende** betont, dass dies ein Thema für die nächste Bürgermeisterdienstbesprechung sei.

Im Anschluss daran erkundigt sich **KR Güller**, auf wie viel sich die Kosten für die Staudenbahn belaufen und unter welchem Punkt die Thematik diskutiert werde. Derzeit vermischen sich Investitionskosten und die Kosten für das Gutachten. Einigkeit bestehe wohl dahingehend, dass im nächsten Jahr noch keine Investitionskosten anfallen.

**Der Vorsitzende** bemerkt, dass die Kosten derzeit nicht beziffert werden können. Zuerst müssen Investitionsbedarf und Infrastruktur bekannt sein. Die Kosten seien je nach dem Maß der Reaktivierung unterschiedlich. Dies werde derzeit von einem Gutachter beurteilt. Seines Wissens habe die Begehung der Strecke bereits stattgefunden. Verständigt habe man sich, dass der Freistaat 60 % und der Landkreis Augsburg 40 % der Gutachterkosten übernehme, was seiner Meinung nach überschaubar bleibe. Bis zur 2. Lesung werde den Fraktionen bekannt gegeben, um welche Größenordnung es sich hierbei handelt.

Dass sich der Landkreis an den Kosten beteilige steht, laut **KR Güller**, außer Frage. Interessant wäre nur, welcher Betrag in den Haushalt eingestellt werde. Daraufhin entgegnet **der Vorsitzende**, dass Gesamtkosten von unter 50.000 € im Raum stehen.

**Herr Seitz** informiert über das letzte Thema im Bereich der Wirtschaftsförderung, die Messe. Im Gremium wurde die Mitbeteiligung an dem Neubau einer Messehalle mit knapp 900.000 € beschlossen.

**KR Güller** stellt fest, dass die Finanzierung noch ein großes Loch seitens der Förderung durch den Freistaates aufweise.

Grundlage des Empfehlungsbeschlusses sei laut **des Vorsitzenden** die Beteiligung des Freistaates an den Gesamtkosten in Höhe von 50 %. Derzeit zugesagt seien lediglich 5 Mio. Euro. In einem Schreiben der Stadt Augsburg wurde die Kostenverteilung man anders dargestellt, so dass auf den Landkreis Augsburg zusätzliche knapp 300.000 € zukommen würden. Gegenüber dem Oberbürgermeister wurde mitgeteilt, dass keine zusätzlichen Mittel, über den Kreisausschussbeschluss hinaus, in den Haushalt 2009 eingestellt werden. Gerade auch, weil der Freistaat in der Pflicht gesehen werde, den Anteil von 50 % komplett zu übernehmen und auch, dass sich die Kammern ein Stückweit mehr hier beteiligen müssen.

#### **Lfd. Nr. 98, HhSt. 9000.8325, Bezirksumlage**

Im Anschluss an die Erläuterung durch **Herrn Seitz** teilt **KR Liebert** mit, dass seitens der Bezirke große Hoffnung in die FAG-Gespräche gelegt wurde, die dann nicht stattfanden. Bekannt sei, dass ein Forderungskatalog des Landkreistages mit Mehrforderungen in Höhe von rund 110 Mio. Euro vorliege. Dies werde ggf. in die Umlageberechnung des Bezirkes mit einfließen, was letztendlich Auswirkung auf die Bezirksumlage habe und sich somit auf den Landkreis Augsburg auswirken würde. Die Bezirksfinanzen wurden mit größter Anstrengung konsolidiert. Inwieweit die Bezirksumlage bei dem alten Hebesatz bleiben werde, ergeben die Beratungen.

Ziel der CSU-Bezirkstagsfraktion sei es laut **KR Wagner**, die Bezirksumlage zu senken und die Rücklagen zu stärken, was mit einer entsprechenden Unterstützung des Freistaates Bayern gelingen solle.

### Lfd. Nr. 99, HhSt. 9000.0720, Kreisumlage

Aus den Erläuterungen sei nach Aussage von **Herr Seitz** die Veränderung der Umlagekraft ersichtlich. Bislang sei kein Ansatz veranschlagt. Dies werde zum Ende der Haushaltsberatungen erfolgen.

Bedenken äußert der Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetages, **KR Klaufner**, hinsichtlich der von Herrn Landrat Sailer in der letzten CSU-Fraktionssitzung gemachten Aussage, dass eine Kreisumlagerhöhung im Rahmen des möglichen sein könnte. Im Landkreisgebiet gebe es einige finanziell nicht gut gestellte Gemeinden. In der Vergangenheit wurde seitens des Gemeindetages und des damaligen Landrates nur einer wirklich notwendigen Erhöhung der Kreisumlage zugestimmt. Zu Beginn habe Herr Seitz ausgeführt, dass keinerlei Neuverschuldung im Jahr 2008 anstehe. Deswegen sei für ihn unverständlich, wenn der Landkreis seine Kreisaufgaben erfülle, dies zu Lasten der Gemeinden gehen solle. Nicht sein dürfe, dass bereits von vornherein eine Kreisumlagerhöhung feststehe. Bekannt sei ihm sicherlich, dass der Kreistag die Entscheidung betreffend einer eventuellen Erhöhung fälle, dennoch werde er diese Thematik mit den Bürgermeister besprechen. Falls eine Kreisumlagerhöhung wirklich von Nöten sei, werde diese auch mitgetragen. Seitens des Bezirkes werde geäußert, von einer Bezirksumlagerhöhung absehen zu wollen, was schlussendlich bei gleich bleibendem Kreisumlagenhebesatz ca. 8 Mio. Euro mehr an Umlage bedeute. Hiervon erhalte der Bezirk 3 Mio. Euro und ca. 5 Mio. Euro bleiben für den Landkreis. Aufgrund dessen könne doch nicht im Vorfeld schon von einer Kreisumlagerhöhung gesprochen werden.

**Der Vorsitzende** vertritt die Meinung, dass sich der Landkreis Augsburg immer sehr kommunalfreundlich verhalten habe. Bereits in der Vergangenheit habe sich der Landkreis um die Belange der Kommunen gekümmert, was auch in Zukunft passieren werde. Wolle der Landkreis Augsburg die anstehenden Investitionen beim Gymnasium Königsbrunn, bei den Beruflichen Schulen Neusäß, eventuell ein weiteres Gymnasium oder ein neuer FOS-Standort, umsetzen, gehe dies nur in einem Miteinander mit den Kommunen. Der Landkreis werde die gesamten Investitionen nicht über Neuverschuldung abdecken. Hier müssen sich seiner Meinung nach genauso die Kommunen einbringen. Nachdem der ungedeckte Bedarf im Kreishaushalt bekannt sei, solle über die Frage einer eventuellen Erhöhung diskutiert werden.

**KR Klaufner** bittet dies in einem fairen Gespräch zu diskutieren, wobei er auch die Bürgermeister über alle Fraktionen hinweg involvieren wolle.

**KR Liebert** erinnert daran, dass es heute nicht um die Verabschiedung des Haushaltes gehe. Die Kreisumlage sei die letzte aller Möglichkeiten, die subsidiär eingesetzt werden könne. Bestreben müsse es sein, den Hebesatz möglichst gering zu halten, was das Gesetz auch so vorsehe. Bei der Einbringung des Kreishaushaltes im Kreistag wurde bemerkt, dass die Idealvorstellung, nämlich zu investieren, keine netto Kreditaufnahme, Schuldentilgung und eine moderate Kreisumlage, nicht möglich sei. Hierbei handelt es sich um ein magisches Viereck, dass nicht erreicht werden könne. Hieran müssen sowohl die Gemeinden zusammen mit dem Landkreis arbeiten.

Die einzig heute bereits feststehende Zahl, sei die Umlagenkraftsteigerung in Höhe von 11,4 % oder 8,5 Mio. Euro.

Bekannt derzeit sei, dass für die Generalsanierung Gymnasium Königsbrunn 22 Mio. Euro aufgewendet werden müssen, wobei im Entwurf 9 Mio. Euro im Jahr 2009 vorgesehen werden. Weiter stehen Investitionen beim Klinikum Augsburg in Höhe von 6,8 Mio. Euro im Raum. Dies alles mit 8,5 Mio. Euro höherer Kreisumlage sei nicht machbar. Auch hätte der Landkreis mit einen ungedeckten Bedarf von 2,3 Mio. €, wenn er 21,2 Mio. Euro Schulden

machen würde, zu rechnen. Die Ideallösung könne nicht entweder oder sein, sondern sowohl als auch. Wie bereits Herr Deibl geschrieben habe, werde der Kompromiss die Lösung sein, der aber nicht heute, aber sicherlich im Februar gefunden werde.

Die Entscheidung hinsichtlich der Bezirksumlage müsse nach Auffassung von **KR Güller** abgewartet werden. Bleibe diese gleich oder gehe wo möglich zurück, bestehe etwas Luft. Derzeit stehen bei den Projekten Gymnasium Königsbrunn, Realschul- und Berufsschulbereich die Planungskosten an. Der Verlustausgleich des Kommunalunternehmens müsste nicht eingestellt werden. Einigkeit seitens der Fraktionen bestand allerdings dahingehend, dies dennoch zu tun. Verständnis zeigt er für die Bedenken von KR Klaußner. Der unterschiedlichen Finanzkraft der Kommunen müsse Rechnung getragen werden.

Die SPD-Fraktion tendiere dazu, den Kreisumlagehebesatz nur dann zu akzeptieren, wenn dieser, unter der Voraussetzung, dass die Bezirksumlage nicht ansteige, gleich gehalten werde.

**KR Lettinger** hält die heute geführte Diskussion für zu früh angesetzt. Die Eckpfeiler müssen stehen, damit diese Diskussion aufgenommen werden könne. Derzeit fehlen zu viel der festen Positionen. Die Gemeinden seien die Letzten in der Runde, die die Möglichkeit haben, über eine Umlage an Mittel zu gelangen.

**KR Klaußner** betont, eine Kreisumlagerenerhöhung mitzutragen, wenn diese von Nöten sei.

Zu Recht habe KR Klaußner laut **KR´in Jung** daraufhin gewiesen, dass in der Vergangenheit viele Aufgaben hinausgeschoben wurden. Dies hole den Landkreis ein und stehe nun zur Durchführung an.

Bereits bei früheren Haushaltsberatungen regte KR Klaußner im Vorfeld Kreisumlagensenkungen bis zu 4 Punkten an. Es war zu diesen Zeitpunkten gar kein Thema, dass überhaupt in einer solchen Größenordnung gesenkt werden könnte.

Die derzeitige Kreisumlage stehe mit 45 Punkten auf dem Niveau von 1999 bis 2000. In der Vergangenheit wurde diese gesenkt und selbst, als die Bezirksumlage erhöht wurde, habe der Landkreis dies nur zur Hälfte an die Gemeinden weitergegeben. Der Landkreis sei ihrer Meinung nach immer verantwortungsvoll mit der Höhe der Kreisumlage umgegangen. Die Bedenken der Gemeinde könne sich verstehen, vertritt aber die Meinung, dass die anstehenden Aufgaben mit entsprechenden finanziellen Mitteln finanziert werden müssen.

Als der Haushalt in den Kreistag eingebracht wurde, seine die Szenarien seitens des Landrates bereits geschildert worden. Die heutige Diskussion sei nach Meinung von **KR Buhl** reines Schaulaufen. Die wichtigsten Eckdaten fehlen, um hier diskutieren zu können. 92 bis 93 % der Bezirksausgaben betreffen den Bereich der Sozialhilfe und die Fallzahlen steigen weiter. Die Menschen haben einen gesetzlichen Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Es könne doch nicht das Bemühen sein, hier Einsparungen zu treffen.



**Herr Seitz** informiert, dass in den Haushaltsunterlagen für Soziales und Senioren die Ausgaben im Wesentlichen in Deckungsringen und nicht in einzelnen Haushaltsstellen dargestellt werden. Im Anschluss erfolgt die Erläuterung der Haushaltsvorlage Soziales und Senioren.

### Lfd. Nr. 3, UA 4820, Grundsicherung für Arbeitssuchende

**Herr Seitz** verweist auf die Liste und erklärt, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung von einer Kostenbeteiligung des Bundes in Höhe von 28,6 % ausgegangen wurde. Heute sei bekannt, dass der Bund sich nur mit 25,4 % beteiligen werde, weshalb die Einnahmen, wie in der Liste ausgewiesen, um ca. 350.000 € reduziert werden müssen.

**KR Müller** erkundigt sich, wie realistisch der Ausgabenansatz, gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Leiharbeiter im Lichte der aktuellen Konjunktur, sei.

**Frau Hagen** teilt mit, dass das in diesem Jahr erzielte Haushaltsergebnis erfreulicherweise um netto 1 Mio. Euro unter dem Haushaltsansatz liege. Dies begründet sich darin, dass von einer deutlich höheren Energiekostensteigerung ausgegangen wurde. Ihrer Meinung nach reiche der Ansatz aus. Dieser wurde weder besonders optimistisch noch besonders pessimistisch berechnet.

Selbst wenn die Leiharbeiter die Firmen verlassen, werden diese nicht alle sofort Arbeitslosengeld 2, sondern ein Großteil erst einmal Arbeitslosengeld 1 beziehen. Falls die Konjunktur absinke, werde sich dies erst nach einer gewissen Zeit bei der Anzahl der Harz IV-Empfänger bemerkbar machen. Für das nächste Jahr werde dies allerdings nicht gesehen.

Bei der Lfd. Nr. 5, HhSt. 4987.7049, Schuldnerberatung, teilt **Herr Seitz** mit, dass das Diakonische Werk eine Aufstockung um eine Stelle beantragt habe, was zusätzliche Mittel von 45.000 € erforderlich mache.

Auf die Frage von **KR'in Strohmayr**, um wie viele Stellen es sich handelt, teilt **Frau Hagen** mit, dass eine ganze Stelle beantragt wurde.

**Herr Seitz** informiert die Anwesenden, ein Schreiben der Diakonie erhalten zu haben, in dem der Wirtschaftsplan 2009 dargestellt und darauf hingewiesen wurde, dass Mittel in Höhe von 14.300 € benötigt würden, um die vorhandene Lücke ausgleichen zu können. Eine Lösung könne seiner Meinung nach sein, wenn die Personalaufstockung akzeptiert und voll in das Haushaltsjahr 2009 eingerechnet werde. Nachdem die Verabschiedung erst für Februar 2009 geplant sei, könnte dadurch für 2009 die Kostensteigerung aufgefangen werden. Im Jahr 2009 könnte dann seitens des Gremiums über eine generelle Vertragsanpassung, die dann Wirkung auf den Haushalt 2010 hätte, diskutiert werden.

Die Frage von **KR Liebert**, ob alle weiteren Anträge fristgemäß (30.08.) eingegangen seien, bejaht **Herr Seitz**. Weiter erkundigt er sich, ob den 45.000 € für die Stellenmehrung ein Antrag zu Grunde liege.

Hierauf erklärt **Frau Hagen**, dass in diesem Fall das Landratsamt auf das Diakonische Werk zugegangen sei. Derzeit müssen Kunden ein halbes Jahr auf einen Schuldnerberatungstermin warten. Motivationsfördernd werde allerdings eine Wartezeit von ca. 8 Wochen gehalten. Aufgrund dessen werde auch in Abstimmung mit der ARGE, eine Stellenaufstockung für dringend notwendig erachtet.

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Seitz für die Darstellung der beiden Haushaltsvorlagen. Die angesprochenen Informationen hinsichtlich der Erschließung von Baugebieten mit dem ÖPNV und betreffend das Staudenbahngutachten werden nachgereicht.

<b>TOP 3</b> <b>Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses</b> <b>Vorlage: 08/0246</b>
---

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 05.11.2008 hat das Bischöfliche Ordinariat Augsburg mitgeteilt, dass der Regionaljugendseelsorger Andreas Straub zum 01.09.2008 die Pfarrei St. Stephan in Mindelheim übernommen hat. Herr Pfarrer Straub war bisher Stellvertreter von Frau Kramer-Niederhauser im Jugendhilfeausschuss.

Nach Rücksprache mit der Kath. Kreisarbeitsgemeinschaft schlägt das Bischöfliche Ordinariat für das Amt des Stellvertreters von Frau Kramer-Niederhauser

Hochw. Herrn Andreas Jall, Äußeres Pfaffengässchen 7, 86152 Augsburg

vor.

Die Kreisausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag einstimmig zu und fassen folgenden

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, als Nachfolger von Herrn Pfarrer Andreas Straub im Jugendhilfeausschuss

Hochw. Herrn Andreas Jall, Äußeres Pfaffengässchen 7, 86152 Augsburg

als Stellvertreter von Frau Kramer-Niederhauser zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

<b>TOP 4</b> <b>Verschiedenes</b>
-----------------------------------

keine Vorlagen vorhanden

## TOP 5 Wünsche und Anfragen

**KR in Strohmayr** informiert, mit dem zuständigen Sachbearbeiter im Kultusministerium gesprochen und erfahren zu haben, dass am 04.12.2008 eine die Gymnasiumsthematik betreffende Besprechung, an welcher Landrat Knauer, Landrat Sailer und Oberbürgermeister Dr. Gribl teilnehmen, stattfindet.

Weiter teilte dieser mit, dass aus ganz Bayern derzeit Gesprächswünsche vorliegen und das Kultusministerium die vorhandenen Wünsche sammle, um letztendlich den Finanzplan beim Finanzministerium anzumelden. Voraussetzung für ein weiteres Gymnasiums sei es laut dieses Sachbearbeiters, dass der Sachaufwandsträger eindeutig im Rahmen eines solchen Gespräches erklärt, die Kosten hierfür zu übernehmen.

Der Landkreis Aichach-Friedberg habe einen Grundsatzbeschluss, hinsichtlich eines weiteren Gymnasiums bereits gefasst. Beim Landkreis Augsburg sei dies bislang nicht der Fall. Aufgrund dieser Tatsache befürchtet sie, dass der Landkreis von vornherein schlechter gestellt sein könnte.

Abschließend regt sie an, Herrn Landrat Sailer, einen klaren Auftrag mit in dieses Gespräch zu geben, dass der Landkreis Augsburg im Falle einer positiven Entscheidung durch das Kultusministerium bereit sei, die Kosten zu tragen.

Mit einem solchen Auftrag bleibe der Landkreis Augsburg ihrer Meinung nach, weiter im Rennen.

Hinsichtlich der Maßnahmenprioritäten und der künftigen Vorgehensweise bestand laut **des Vorsitzenden** seitens der Schul- und Kulturausschussmitglieder Einigkeit und er erklärt, dass er diese Bereitschaft in dem Gespräch am 04.12.2008 zum Ausdruck bringen werde. In einem ersten Gespräch wurde festgestellt, dass die Förderung eines weiteren Gymnasiums in der Region durch das Ministerium darstellbar sei. Dies bedeutet, dass der Bedarf anerkannt aber die Errichtung von zwei Gymnasien schwierig gesehen werde. In dem Gespräch müsse seitens des Ministeriums mitgeteilt werden, in welcher Region ein Gymnasium tatsächlich gefördert werde. In der nächsten Schul- und Kulturausschusssitzung werden die Mitglieder über das Ergebnis dieses Gespräches informiert. Im Anschluss daran, stelle sich die Frage, ob Planungskosten für ein Gymnasium oder einen Ansatz für Standortsimulationen in den Haushalt mit aufgenommen werden müssen. Unterstellt werde den politischen Gremien grundsätzlich die Bereitschaft diesen Schritt mitzugehen.

Nicht passieren dürfe nach Meinung von **KR Müller**, dass dem Landkreis Augsburg nur aufgrund eines fehlenden Beschlusses ein eventueller Zuschlag für ein Gymnasiums verwehrt bleibe. Gehofft werde, dass dies nicht ein Nachteil für den Landkreises Augsburg sein werde, gerade weil sich der Landkreis Aichach-Friedberg durch einen Beschluss klar positioniert habe.

**Der Vorsitzende** teilt mit, dass es klare Aussage des Ministeriums gewesen sei, in der Region nur ein Gymnasium zu fördern. Der Standort werde gefördert, der die größtmögliche Entlastung für die Augsburger Gymnasien bringe.

Parallel stehe die Frage eines weiteren Berufschulstandortes auf der Tagesordnung. Es liege nicht nur ein Beschluss aus dem Landkreis Aichach-Friedberg hinsichtlich des Gymnasiums sondern auch eine mögliche Kombination mit der Erweiterung der Beruflichen Schulen an der Fachoberschule vor. Dies werde aus Sicht des Ministeriums als eher schwierig gesehen. Eher denkbar wäre ein weiterer FOS-Standort, beispielsweise im Süden des Landkreises Augsburg, der eine Entlastungsfunktion für Aichach, für den Norden des Landkreises Augsburg, wie auch für den Landkreis Landsberg am Lech bringe. Auch sei es klare Aussage, dass nur ein FOS-Standort gefördert werde. Ausgegangen werde davon, dass die politischen Gremien des Landkreises, auch ohne Beschluss hinter einer möglichen Entscheidung stehen. Dennoch könne, wenn dies gewünscht, ein Beschluss herbeigeführt werden.

An der zeitlichen Abfolge solle sich nach Aussage von **KR Liebert** orientiert werden. Der Schul- und Kulturausschuss habe sich permanent mit diesem Thema beschäftigt und durch einen Beschluss wurden die Prioritäten festgelegt.

Betreffend ein Gymnasium fand ein Gespräch mit dem neuen Stadtschulrat statt, der eindeutig erklärte, dass aus momentaner Sicht eine finanzielle Beteiligung der Stadt Augsburg nicht darstellbar sei. Demnach habe eine Diskussion dieser Thematik auf kommunaler Ebene stattgefunden.

Auf die Aussage von KR´in Strohmayr, betont er, dass der Freistaat nicht nach dem so genannten Windhundverfahren einen Gymnasiumsstandort vergebe. Der Freistaat werde wohl Priorität auf die Notwendigkeit legen und die Nachhaltigkeitsgrundsätze ausloten.

**Der Vorsitzende** teilt ergänzend mit, dass aus seiner Sicht, es das Ergebnis dieses ersten Gespräches war, dass das Kultusministerium an der Sache orientiert sei und nicht an den politischen Wünschen der einzelnen Landkreise.

**KR´in Strohmayr** betont, dass es hier um die Region gehe. Klare Aussage des Sachbearbeiters war es, dass ein eindeutiger Beschluss des Sachaufwandsträgers, hinsichtlich der Sachkostenübernahme, Grundvoraussetzung sei. Liege kein Beschluss vor, werde dies nicht weiterverfolgt. Im Klaren müsse man sich sein, dass es viele Regionen in Bayern gebe und der Freistaat ebenfalls eine Prioritätenliste erarbeiten werde.

**Der Vorsitzende** teilt mit, dass in der letzten Schul- und Kulturausschusssitzung ein formeller Beschluss hinsichtlich der Generalsanierung Königsbrunn nachgeholt wurde, um einen Förderantrag stellen zu können. Falls die Richtung bekannt sei, werde ein solcher Beschluss auch im Hinblick auf ein neues Gymnasium für das Ministerium benötigt.

**Herr Püschel** erklärt, dass der im Juli gefasste Beschluss des Schul- und Kulturausschusses der grundlegende Beschluss in Sachen Schulen sei. Dieser beinhaltet einen klaren Auftrag an die Verwaltung und den Landrat. Es solle auch im Hinblick auf die Frage, ob ein Gymnasium im Landkreis Augsburg möglich sei, verhandelt werden. Klar sei, dass mit diesem Verhandlungsauftrag auch die Tatsache initiiert sei, finanziell hierfür einzustehen.

Falls dieser Beschluss ausreiche, erklärt **KR´in Strohmayr** und **KR Müller** ihr Einverständnis.

Für wichtig hält **KR Klaußner** die Betrachtungsweise über die Landkreisgrenzen hinaus. Eventuell könne den gymnasialen Bereich betreffend, eine Art Zweckverband gegründet werden.

Daraufhin informiert **der Vorsitzende**, dass seitens des Landkreises Aichach-Friedberg Überlegungen im Raum stehen, dass sich Gebietskörperschaften Plätze einkaufen können, indem sie sich an der Investitionssumme beteiligen.

**KR´in Jung** stellt fest, dass laut des Schulgutachtens, eigentlich zwei Gymnasien benötigt werden würde. Nachvollziehbar hält sie die Entscheidung der Stadt Augsburg hinsichtlich eines eventuellen Zweckverbandes. Die Stadt Augsburg möchte eine Entlastung für ihre Gymnasien und könne, nachdem noch nicht bekannt sei, ob im Landkreis Augsburg überhaupt ein Gymnasium errichtet werde, im Vorfeld keiner Zweckvereinbarung zustimmen. Nach einer eventuellen Entscheidung für den Landkreis Augsburg, könne dieser Schritt erst ins Auge gefasst werden.